

# Rauchzeichen nach Bern geschickt

Die Regierung verspricht, im Herbst ein Massnahmenpaket zur Tabakprävention vorzulegen

CLAUDIA KOCHER

**Mit grossem Mehr hat es der Grosse Rat abgelehnt, den Vorstoss von Dieter Stohrer (VEW) betreffend Schutz der Jugendlichen vor Tabakkonsum als Motion zu überweisen. Er wurde nur als Anzug überwiesen.**

Dringlich oder nicht so dringlich? Das war die Frage, um die es sich bei Dieter Stohrers Anliegen drehte. Mit einer Motion wollte der VEW-Grossrat durchsetzen, dass Zigaretten nicht mehr an Jugendliche unter 18 Jahren verkauft werden dürfen. Ausser der VEW und der SVP war niemand dagegen, die Motion in einen Anzug umzuwandeln; diesen also der Regierung zu überweisen und ihr mehr Zeit zu lassen. Rolf von Aarburg (CVP) schlug vor, in Sachen Tabakprävention eine Gesamtstrategie zu fahren: «Mehr Zeit macht mehr Sinn.»

**GANZE PALETTE.** Rolf Stürm (FDP) fand, es gäbe in Basel mittlerweile genügend Arbeitgeber, die sich um die Prävention in den Betrieben kümmern würden. Ob nun eine Motion oder ein Anzug überwiesen werde, sei nicht so wichtig. Wichtig sei, ein Rauchzeichen nach Bern zu senden, dass man in Basel die Tabakprävention ernst nehme. Michael Martig (SP) fand, man müsse ein Bündel von Massnahmen präsentieren und nicht nur einzelne. «Ein Problem zu erkennen und nichts daraus zu machen, wie die SVP dies tut, ist eine untaugliche Lösung.»

Regierungsrat Guy Morin fand, bei Präventionsarbeit würden Einzelmassnahmen nicht genügen. Man habe eine Palette von Massnahmen, die man umsetzen möchte. Auch die Motion von Lorenz Nägelin (SVP) gehört dazu, der ein generelles Verbot für Zigarettenautomaten und ein «Animierverbot», das Anbieten von Gratiszigaretten auf der Gasse, erreichen will. «Wir wollen das alles in einem Bündel vorlegen», sagte Morin.



**Jugendschutz.** Vermehrte Tabakprävention ist unbestritten. Umstritten sind jedoch das Vorgehen und die Alterslimite. Foto Roland Schmid

Ein Herbsttermin wäre tatsächlich schneller als das, was Dieter Stohrer gefordert habe, sagte er im Anschluss der Debatte gegenüber der baz. «Ich hoffe wirklich sehr, dass die Regierung ihr Versprechen einhält. Mit der Umwandlung in einen Anzug lässt sie sich natürlich die Türe offen und kann im Extremfall sagen: Wir sind erst in vier Jahren so weit.» Für Stohrer wäre es ein Meilenstein gewesen, den man nun hätte setzen können. «Ein Gesamtpaket kann immer auch Mogelpackungen beinhalten.» Zu denken gibt ihm auch, dass die Regierung

hinziele anstatt auf 18 Jahre. «Dabei muss man wissen, dass die Hälfte der Jugendlichen zwischen 16 und 19 mit Rauchen beginnt. Deswegen wäre es wichtig, wie dies auch im Baselbiet der

Fall ist, dass die Jugendlichen mündig sind.» Die Basler Regierung müsse es gut begründen können, wenn sie die Vorlage auf 16 Jahre herabschraube, so Stohrer. Auch im WHO-Abkommen sei der Verkauf an Jugendliche erst ab 18 Jahren gestattet. «18 ist nicht mal von mir erfunden.» Den Partnerkanton hält Stohrer im Moment für weiter in Sachen Prävention. Oder auch für fortschrittlicher, offener. Obwohl auch dort noch nichts entschieden sei. Dennoch ist Stohrer zuversichtlich: «Mit einem Arzt als neuem Regierungsrat glaube ich, dass dieses Anliegen



**Grosser Rat**  
Die baz-Berichterstattung aus